
Wiebke Knell

KNELL: UMWELTMINISTERIUM HAT WOLFSENTNAHME VERSCHLAFEN

02.03.2021

WIESBADEN – „Das war nur eine Frage der Zeit“, kommentiert Wiebke KNELL, landwirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag die Meldung des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG), dass im Kreis Hersfeld-Rotenburg nun zwei Wölfe gleichzeitig von einer Wildkamera aufgezeichnet wurden. „Wir haben die Entnahme der Stölzinger Wölfin schon lange gefordert und dabei darauf hingewiesen, dass dies vor dem Hintergrund der Paarungszeiten und anderer durchziehender Wölfe äußerst zeitkritisch ist. Jetzt scheint sie sich zu paaren, was eine rechtssichere Entnahme schwerer macht. Dieses Problem hat alleine das Umweltministerium durch konsequentes Nichtstun verursacht, denn beim Thema Abschuss von Problemwölfen hat man in Wiesbaden von Anfang an eine Verweigerungsstrategie an den Tag gelegt“, ärgert sich Knell.

„Angesichts der Paarungszeit im Februar/März ist die bestätigte Sichtung eines zweiten Wolfs ein Grund zur Sorge“, sagt Knell. Das HLNUG schreibe der Stölzinger Wölfin mittlerweile zahlreiche Nutztierrisse zu, dazu kämen die Risse, bei denen der genetische Nachweis nicht gelungen sei. „Auch wenn die Rissprobenbegutachtung des von den beiden gesichteten Wölfen gerissenen Rotwilds mal wieder zu spät vorgenommen wurde, sieht es danach aus, als handelt es sich um die Stölzinger Wölfin, die sich noch in diesem Jahr fortpflanzen könnte“, kommentiert Knell. Dabei sei zu erwarten, dass das problematische Jagdverhalten an die Jungen weitergegeben werde. „Wenn bis zu zwölf Welpen das Jagdverhalten des Elterntieres lernen, ist das das Ende der Weidetierhaltung in der Region“, befürchtet Knell mit Blick auf Tiere, die von den Wölfen gerissen werden.

Die Aussagen von Staatssekretär Oliver Conz, der für seine Aussagen in einem Zeitungsinterview in der vergangenen Woche bereits Kritik einstecken musste, bezeichnet

Knell als „absolute Frechheit“. Conz hatte unter anderem behauptet, ihm seien keine Anzeichen dafür bekannt, dass ein Wolf in Hessen den sogenannten Grundschutz, sprich Zäune, überwunden habe. Darüber hinaus habe sich Conz mit praxisfernen Aussagen zum Grundschutz disqualifiziert. „Von Schafen als ‚Rasenmäher für Zahnärzte‘ zu sprechen, setzt dem ganzen noch die Krone auf“, betont Knell.

Knell nimmt den Fotobeweis der zwei Wölfe zum Anlass, um an Umweltministerin Priska Hinz zu appellieren, deren Haus aktuell an einem aktualisierten Wolfsmanagementplan arbeitet. „Früher oder später muss das Ministerium die Frage beantworten, wie viele Wölfe in Hessen eigentlich gewünscht sind. Wölfe vermehren sich in Deutschland mittlerweile exponentiell, sie sind im Bestand nicht gefährdet, und irgendwann wird man auch regulierend eingreifen müssen.“ Es könne nicht die Lösung sein, alle Weiden immer höher einzuzäunen. „Das ist praxisfern, und auch im Sinne der Wildtiere ist eine Landschaft voller Zäune nicht wünschenswert“, erklärt Knell und ergänzt: „Die Weidetierprämie erhalten weiterhin nur Schaf- und Ziegenhalter, obwohl die Ausweitung auf andere Tierarten lange versprochen wurde – hier muss das Ministerium endlich tätig werden.“